

„Whatever it takes“ – Olaf Scholz sichert, wie einst Mario Draghi in der Eurokrise, hiesigen Unternehmen unbegrenzte Kredite zu. Die finanzielle Unterstützung soll die absehbaren Einnahmeausfälle infolge der Corona-Pandemie ausgleichen. Was auch immer das kosten mag, ist es uns wert, lautet die Botschaft des Finanzministers.

Corona: Was immer es kostet

In der Tat hat die rasante Ausbreitung der Viruskrankheit das gesamte öffentliche Leben lahmgelegt: Schulen, Kindergärten, Clubs, Theater und Museen sind geschlossen. Wie lange das nötig sein wird, ist derzeit völlig offen. Fest steht nur: Die Ausbreitung des Virus muss verlangsamt werden. Die gewonnene Zeit soll nicht nur helfen, Impfstoffe und Medikamente zu entwickeln, sondern vor allem verhindern, dass die Gesundheitssysteme kollabieren.

Zwar verläuft die Infektion bei den Meisten unproblematisch. Bei bis zu zehn Prozent der Infizierten – betroffen sind hier vor allem, aber nicht nur, ältere Patient*innen – kommt es allerdings zu lebensbedrohlichen Lungenentzündungen. Diese Erkrankten müssen intensivmedizinisch behandelt werden.

Wie entscheidend eine solche medizinische Versorgung ist, offenbart der Blick auf die besonders schwer betroffenen, wohlhabenden Regionen in Norditalien: Dort arbeiten die Ärzt*innen und Pfleger*innen am Limit, reichen die Krankenhauskapazitäten längst nicht mehr aus und werden schwerkranke Patient*innen abgewiesen. Entsprechend hoch sind die Todesraten: Ärzt*innen müssen inzwischen tagtäglich entscheiden, welchen Patient*innen sie überhaupt noch helfen können. Hierzulande stünden mit 28000 Betten ausreichende Inten-

sivplätze zur Verfügung, beruhigt die Bundesregierung. Doch tatsächlich sind diese Betten bereits längst mit Kranken belegt: Herzinfarkte, Schlaganfälle und Krebserkrankungen gibt es eben nach wie vor. Hinzu kommt, dass die freien Intensivbetten in vielen Kliniken gar nicht vollständig belegt werden können, weil das dringend benötigte Pflegepersonal fehlt. Und so treten aktuell die verheerenden Folgen der Sparpolitik offen und brutal zu Tage. Die weitgehende Vermarktlichung und Privatisierung des Gesundheitswesens hat nicht zuletzt zu einem eklatanten Pflegenotstand geführt. Ebenso mangelt es an Ärzt*innen und an einer ausreichenden Menge von Gesichtsmasken, Handschuhen und Desinfektionsmitteln. Und zwar nicht nur wegen egoistischer Hamsterkäufer*innen, sondern auch deshalb, weil die meisten Krankenhäuser – nicht anders als die Autoindustrie – aus Kostengründen auf sogenannte Just-in-time-Beschaffung umgestellt haben. Vorratshaltung war gestern; angeschafft wird nur bei Bestellung. Nun, wo Lieferketten unterbrochen sind und globale Warenströme ins Stocken geraten, kommt uns all dies überaus teuer zu stehen.

Spätestens jetzt müssten auch die letzten Markt-Apologet*innen endlich einsehen, dass es gesellschaftliche Aufgaben gibt, die sich nicht ohne Verluste an den Markt delegieren lassen. Corona führt uns eindringlich vor Augen, dass all jenen, die unter oft prekären Bedingungen die Supermarktregale füllen, für Strom und Wasser sorgen, und in dieser Ausnahmesituation besonders eines leisten: unsere Kranken pflegen, mehr Anerkennung und Entlohnung gebührt. Das „Whatever it takes“ von Olaf Scholz sollte daher zuallererst auch all jenen zugutekommen, die unsere Grundversorgung derzeit mit letzter Kraft am Laufen halten, derweil andere längst im Homeoffice sein können.

Annett Mängel